

Offene Grenzen ja – Ausbeutung nein

Ab dem 1. Mai ist es soweit: auch in Deutschland können Arbeitskräfte aus acht osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten ohne Beschränkung Jobs suchen. Österreich und Deutschland sind die letzten EU-Staaten, die Zugangsbeschränkungen zu ihren Arbeitsmärkten aufheben.

Wie viele Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit nutzen werden, ist schwer vorherzusagen. Viele haben schon vor Jahren EU-weit etwa in Großbritannien, Irland oder Schweden ihre Chance gesucht – im Schnitt 250.000 pro Jahr. Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung schätzt, dass 2011 bis zu 140.000 nach Deutschland kommen könnten. Tendenz anschließend fallend. Die Zuwanderung würde so vorerst wieder das Niveau von vor zehn Jahren erreichen.

In einigen Branchen könnte der Lohn- druck aber steigen: Dort, wo ohnehin schlecht bezahlt wird, weil bisher keine schützenden Mindestlöhne durchgesetzt werden konnten, etwa im Gastgewerbe oder Handel. Unternehmen werden versuchen, Beschäftigte gegeneinander auszuspielen und schlechte Arbeitsbedin- gungen für noch weniger Geld bieten.

Die Bundesregierung hat die Übergangs- frist nicht genutzt um für Schutz zu sor- gen. In fast allen Ländern Europas ist der Mindestlohn für Einheimische wie Zu- wanderer eine untere Haltelinie. Ein ge- setzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro würde auch bei uns Lohndumping ent- gegenwirken. Zusätzlich muss für alle Beschäftigten in Europa gelten: gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort.

